

# Schüsse in Neukölln

NEUKÖLLN – Omar F. ist für die Polizei kein Unbekannter. Doch heute Morgen überschritt er alle Grenzen. Als die Polizei ihn wegen einer Ordnungswidrigkeit stoppen und überprüfen wollte, gab er Gas und fuhr einen der Beamten an. Sein Kollege zog seine Waffe und schoß auf das flüchtende Fahrzeug, das trotzdem entkam. F. gehört zu einer libanesischen Großfamilie und ist wegen Körperverletzung, Raub und Fahrens ohne Führerschein aktenkundig. Die Fahndung läuft.

---

## Civey-Umfrage: 58 Prozent für das Linksbündnis, das Berlin herunterwirtschaftet

BERLIN – Mehr als 70 Prozent der Berliner sind unzufrieden mit der Arbeit des rot-rot-grünen Senats. Das ist das aktuelle Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Civey im Auftrag des *Tagesspiegels*. Der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) kommt sogar nur auf den achten Platz der beliebtesten Politiker unserer Metropole. Vorn steht Kultursenator und Bürgermeister Klaus Lederer (Linke). Selbst Finanzsenator Matthias Kollatz und Gesundheitssenatorin Dilek Kolat von der SPD stehen im Ranking vor dem Regierenden.

Das könnte die Stunde der Opposition sein, die jetzt durch

eine massive Wechselstimmung der Berliner getragen wird. Doch mitnichten! In der Umfrage wird eine klare Mehrheit von Rot-Rot-Grün in Berlin dokumentiert. Die Grünen sind die Gewinner, die SPD ist der Verlierer – aber Berlin bleibt links-grün, und das mit großem Abstand.

Hier die Zahlen der Sonntagsfrage: Grüne 24,7%, Linke 18,7%, CDU 17,2%, SPD 14,6%, AfD 11,1% und FDP 6,3%.

Einzigste Erklärung für diese erstaunlichen Ergebnisse: Die bürgerlichen Parteien, insbesondere die CDU, werden von den Bürgern nicht als eine echte Alternative wahrgenommen...

---

## **Rot-Rot-Grün will Feuerwerk zu Silvester 2019 beschränken**

BERLIN – Die rot-rot-grüne Regierung in Berlin bringt kommende Woche einen Antrag ins Abgeordnetenhaus ein, um ab 2019 das Silvesterfeuerwerk in der Hauptstadt spürbar zu reduzieren. Was auf den ersten Blick nach einem weiteren Versuch roter und grüner Ideologen aussieht, den Bürgern den Spaß zu verderben, hat einen ernsten Hintergrund. Der *Tagesspiegel* hat vergangene Woche die Bilanz der Silvesternacht 2017 in Berlin noch einmal dokumentiert. Damals gingen bei der Polizei 3.084 Notrufe ein, 21 Opfer von Knallkörpern wurden im Unfallkrankenhaus Marzahn behandelt, ein 13-Jähriger verlor ein Auge, einem Mann wurden drei Finger abgerissen und 1.580 Mal rückte die Feuerwehr aus – wohlgermerkt in einer einzigen Nacht!

Damit nicht genug: Polizei und Feuerwehrleute wurden angegriffen, geschlagen, mit Raketen beschossen und Böllern

beworfen. Es gab 57 Angriffe auf Einsatzfahrzeuge und mehrere verletzte Polizisten.

Die Mehrheitsfraktionen versicherten inzwischen, dass es kein Verbot von Feuerwerkskörpern in der City geben soll. Wie sollte so etwas auch durchgesetzt werden? Stattdessen wollen die rot-rot-grünen Fraktionen die Durchsetzung von Maßnahmen an die Bezirke delegieren und unter anderem den Verkauf von Böllern einschränken.

---

## **83 Prozent der Berliner wollen mehr Videoüberwachung**

BERLIN – Das Bedürfnis der Berliner nach mehr Sicherheit, ist überwältigend. Das zeigt die anhaltende Diskussion um die Sicherheitsmaßnahmen auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz. Jetzt veröffentlichte die *Berliner Zeitung* eine repräsentative Umfrage des Forsa Instituts, nach der 83 Prozent der Bürger die Videoüberwachung auf zentralen Plätzen, im Personennahverkehr und Stadien für richtig halten. Warum die Tageszeitung im Einstiegssatz des Artikels dennoch wacker festhält „Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist umstritten“, das bleibt uns Lesern ein Rätsel. Da war wohl der Wunsch Vater des Gedankens...

Sicherheitsexperten und Polizei fordern seit Jahren eine verstärkte Videoüberwachung des öffentlichen Raums an Brennpunkten.

---

# Berliner AfD will den politischen Kampf gegen die Grünen intensiv führen

BERLIN -Die Grünen sind auf einem politischen Höhenflug – und keiner weiß warum. Das ist die Grundthese in einem Positionspapier, das der Berliner AfD-Chef Georg Pazderski jetzt vorgestellt hat. Vor einem Jahr als kleinste Fraktion in den Bundestag eingezogen, setze die Öko-Partei jetzt im anlaufenden Europawahlkampf weiterhin auf Steuern, Abgaben und Verbote. In dem Papier heißt es weiter: „CDU, CSU und SPD haben in einem schleichenden Prozess über Jahre hinweg immer mehr grünes Gedankengut übernommen.“

SPD und die Grünen seien praktisch nirgendwo mehr zu unterscheiden: Klimawandel, Energiewende, Zuwanderung, doppelte Staatsbürgerschaft, Genderismus, immer mehr Europa, Wohnungsbau à la DDR nur noch durch den Staat und Bildungsnivellierung. Sie redeten über Frauenquoten und Zensur in den sozialen Medien.

Die AfD will deshalb den politischen Kampf besonders mit den Grünen intensivieren. So heißt es in dem *Berlin.jetzt* vorliegenden Papier: „Entweder man protegiert und alimentiert wie die Grünen immer kleinere, dafür aber wohllorganisierte und lautstarke Minderheiten oder man kümmert sich wie die AfD um die Sorgen derjenigen, die alles zahlen sollen, dafür aber als „Biodeutsche“ verspottet werden, das liberal-konservative Bürgertum, die Kleinen Leute und die vielen Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen.“

Die AfD, so Pazderski werde jetzt erst richtig loslegen im

Kampf gegen die Grünen: „Denn die sind weder nett noch modern. Sie sind eine Bedrohung für Demokratie, Freiheit und Wohlstand in unserem Land, die den Ausverkauf Deutschlands und deutscher Interessen betreiben und damit den deutschen Wohlstand systematisch zerstören.“

---

## **Greenpeace schimpft auf Berliner Justiz**

BERLIN – Seit heute Morgen durchsuchen Ermittler der Polizei bundesweit 29 Wohnungen im Zusammenhang mit einer Greenpeace-Aktion im vergangenen Juni. Damals hatten Öko-Aktivisten auf dem mehrspurigen Kreisverkehr am Großen Stern 3.500 Liter gelbe Farbe versprüht – ein „strahlendes Symbol für die Energiewende“, wie das in dieser Kreise genannt wird. Die Aktion sollte dem beschleunigten Ausstieg aus der Kohleenergie dienen. Was tatsächlich passierte: Es kam zu Verkehrsunfällen mit Sachschäden und mehrere Motorradfahrer und eine Radfahrerinnen stürzten.

Mit den Durchsuchungen heute versucht die Berliner Generalstaatsanwaltschaft die Organisatoren und Helfer zu finden. 19 Personen wurden bereits ermittelt.

Der Öko-Konzern Greenpeace schimpfte heute mächtig über das Vorgehen der Berliner Justiz. Man wolle Greenpeace einschüchtern, mundtot machen und Protest unterdrücken. Die Durchsuchungen seien ein „Angriff auf die Zivilgesellschaft“ und das Recht auf freie Meinungsäußerung. Man habe Anwälte eingeschaltet.

---

# Die Pflege in der Familie ist in Berlin die „tragende Säule der Versorgung“

BERLIN – Angesichts der demografischen Entwicklung ist die Sicherstellung einer guten Pflege eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahre. Das hat jetzt der Berliner Senat noch einmal betont. Die Pflege zuhause sei dabei in Berlin der Normalfall und der Wunsch der meisten Menschen. Drei Viertel der Pflegebedürftigen würden zu Hause gepflegt, die Hälfte von ihnen ohne professionelle Unterstützung versorgt. Die Pflege erfolge meistens durch Angehörige, Freunde und Bekannte und hier zu zwei Dritteln (66%) von Frauen.

Pflegesenatorin Dilek Kolat (SPD): „Pflegerische Angehörige sind der größte Pflegedienst Berlins und damit die tragende Säule der pflegerischen Versorgung in der Stadt.“ Berlin habe schon früh die Weichen für eine vorrangig ambulante Versorgung gestellt und ein tragfähiges Beratungs- und Unterstützungssystem aufgebaut.

Die „Berliner Strategie zur Unterstützung von pflegenden Angehörigen“ gliedert sich in **drei Handlungsfelder:**

Mit dem **Handlungsfeld „Anerkennungs- und Beteiligungskultur“** sollen einerseits die öffentliche Wahrnehmung und gesellschaftliche Anerkennung der Leistungen pflegender

Angehöriger verstärkt und andererseits pflegende Angehörige in die Weiterentwicklung der ambulanten Pflege in Berlin einbezogen werden. Dazu werden bestehende Angebote wie die „Woche der pflegenden Angehörigen“ durch den Gewinn weiterer Kooperationspartner und Unterstützer gestärkt und zeitlich und räumlich ausgebaut. Des Weiteren sollen die Belange pflegender Angehöriger auch bei anderen Veranstaltungsreihen, wie z. B. der Woche der seelischen Gesundheit, der Berliner Hospizwoche, der Woche der Demenz oder der Berliner Seniorenwoche stärker berücksichtigt werden.

Im **Handlungsfeld „Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit“** sollen pflegende Angehörige zukünftig passgenaue Informationen und Beratung erhalten zu den Themen, die sie betreffen. Beispiele sind die rechtzeitige Vorbereitung auf eine Pflegesituation, Beratung bei Demenz, kultursensible Beratung, Vereinbarkeit von Beruf und Pflege für Angehörige oder die Beratung von Kindern und Jugendlichen mit Pflegeverantwortung. Die 36 Berliner Pflegestützpunkte sollen bekannter gemacht und besser vernetzt werden mit wichtigen Anlaufstellen wie Hausarztpraxen, Apotheken, Wohnungsbauunternehmen und spezialisierten Beratungsstellen.

Das dritte **Handlungsfeld** betrifft die **Unterstützung pflegender Angehöriger im Alltag**. So will die Initiative „Pflege 4.0 – Made in Berlin“, die Digitalisierung und Technisierung der Pflege im Sinne der Pflegebedürftigen, Pflegekräfte und pflegenden Angehörigen gestalten. Arztpraxen, Apotheken und andere Multiplikatoren sollen stärker als bisher in die Unterstützung pflegender Angehöriger eingebunden und ehrenamtliche Strukturen und Angebote zur Unterstützung im Alltag gestärkt werden.

---

# Berliner Schutzpolizei hat Probleme bei der Ausbildung

BERLIN – Fast die Hälfte der Anwärter des mittleren Dienstes der Berliner Schutzpolizei haben vom vergangenen Jahr die Aufnahmeprüfungen zu den Themen Eingriffsrecht, Verkehrsrecht und Öffentliches Recht nicht bestanden. Darüber berichtet heute die *Berliner Morgenpost*.

Danach hatten 122 Anwärter den Test bestanden, 121 müssen den Test wiederholen. Schaffen sie das wieder nicht, ist ihre Ausbildung beendet. Auch im Jahrgang Frühjahr 2018 gab es ähnliche Probleme, weil 20 Prozent der Anwärter die Prüfung bei politischer Bildung nicht bestanden haben.

Schüler, die nicht bestanden haben, seien in vielen Fällen vor Gericht gezogen. Ihre Klagen: die Vorbereitungszeit zur Wiederholungsprüfung sei zu kurz gewesen, die Lehrer seien im Unterricht schlecht vorbereitet gewesen und der Unterricht sei zu häufig ausgefallen.

---

## Lehrer-Meldeportal startet – Pazderski (AfD): „Wir wollen die politisch neutrale Schule“

BERLIN – Die AfD startet ein Internetportal, auf dem Schüler und Eltern Lehrer melden können, wenn die gegen ihre Neutralitätspflicht verstoßen. Der Aufschrift bei

Gewerkschaften und linken Politikern in Berlin ist groß. Wir haben uns gedacht: fragen wir mal direkt beim Verursacher der Aufregung nach. *Berlin.jetzt* im Gespräch mit dem Fraktionschef der AfD im Abgeordnetenhaus, Georg Pazderski:

***Herr Pazderski, ab heute sollen Berliner Schüler AfD-kritische Lehrer melden können. Die Bildungsministerin und die Gewerkschaften haben zum Widerstand aufgerufen. Warum säen Sie soviel Unruhe an den Schulen?***

Die Unruhe war schon vorher da, denn viele Eltern und Schüler haben seit langem den Eindruck, dass von einigen Lehrern ein politisch einseitiges Weltbild verbreitet wird. Das geht soweit, dass Schüler regelrecht zu einer bestimmten politischen Auffassung erzogen werden. Das ist nicht akzeptabel.

***Wenn es solche Einzelfälle gibt, können diese doch aber auch bei der Schule oder dem Schulamt gemeldet werden. Wozu dann diese Kampagne?***

Durch die übergeordnete Stellung des Lehrers trauen Schüler sich oft nicht, ihre Meinung offen auszusprechen, weil sie Angst vor Ausgrenzung oder schlechteren Noten haben. Genauso geht es ihren Eltern. Trotz Hinweisen ihrer Kinder in der Schule schweigen sie lieber, weil sie fürchten, dass ihr Kind benachteiligt werden könnte. Darum wollen wir Schüler, Eltern und Lehrer verstärkt für dieses Problem sensibilisieren. Auch Schüler haben demokratische Rechte und in der Schule muss es einen großen Respekt vor der Meinungsfreiheit geben. Das gilt insbesondere für die Meinungen, die dem linken Zeitgeist unbequem sind.

***Lehrer empfinden das aber als Denunziantentum...***

Ich hätte mir gewünscht, dass die krakeelenden Kritiker sich das Portal erst einmal angeschaut hätten, bevor sie dagegen hetzen. Wir halten jeder Kritik stand. Die frei von Links erhobenen Vorwürfe und Vergleiche sind absurd und entbehren

jeder Grundlage. Wir wollen die politisch neutrale Schule. Das ist geltendes Recht. Wer sich darüber hinwegsetzt, muss mit Kritik rechnen. Deswegen ist auch die Meldung von Verstößen gegen das Neutralitätsgebot legitim.

***Damit sind aber Missbrauch und Hetze Tür und Tor geöffnet. Wie wollen Sie das verhindern?***

Wir gehen da ganz gelassen ran. Für uns hat stets die schulinterne Lösung Vorrang. Oft lässt sich mit einem persönlichen Gespräch die Angelegenheit sofort klären. Dazu raten wir ausdrücklich. Erst wenn sich Schüler und Eltern nicht trauen, Probleme direkt mit dem Lehrer oder der Schulleitung zu besprechen, werden wir aktiv. Liegt ein begründeter Anfangsverdacht vor, bieten wir an, den Vorgang unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte zur **Überprüfung** an die Schulleitung oder **Schulbehörde** weiterzuleiten. Wir werden aber nichts ohne Rücksprache mit den Schülern und Eltern unternehmen und selbstverständlich alle uns übermittelten Daten vertraulich behandeln und keinesfalls veröffentlichen. Als Realpolitiker zählt für uns die Lösung, nicht die Show, wie bei den Altparteien.

---

## **Hollywood-reifer Überfall auf Geldtransporter am Alex**

BERLIN – Passanten, die zufällig in der Nähe staden, fühlten sich später an einen Hollywood-Thriller erinnert... Gestern morgen gegen 7.30 Uhr stoppten mehrere maskierte Männer einen Geldtransport der Sicherheitsfirma *WSN Sicherheit und Service GmbH* in unmittelbarer Nähe des Alexanderplatzes (Schillingstraße).

Mit Schusswaffen bedrohten die Kriminellen die Mitarbeiter im Fahrzeug, brachen dann die Hintertür des Fahrzeugs auf und nahmen mehrere Kisten aus dem Innenraum mit. Auf ihrerer Flucht in einem Audi und einem Mercedes nahm ein Polizeiwagen, der zufällig in der Nähe unterwegs war, die Verfolgung über eine Spreebrücke in Richtung Kreuzberg auf. Aus einem der Täterfahrzeuge wurde daraufhin auf den Streifenwagen ein Schuss abgegeben. Die Beamten brachen daraufhin die Verfolgung ab.

*SPIEGEL Online* berichtete, dass es am Ort der Tat keine Videoüberwachung gebe und ein Ladenbesitzer vor Ort wird zitiert: „Wie kann man mit einem Geldtransporter in so eine tote Straße fahren?“